

Berliner Verwaltung: Nur 7.500 moderne PC-Arbeitsplätze bis 2026!

Der Bericht des Senats Berlins vom 3. Dezember 2024 informiert über E-Government-Maßnahmen und digitale Arbeitsplätze in der Verwaltung.



Die Berliner Verwaltung sieht sich mit bedeutenden Herausforderungen konfrontiert, was die Einrichtung moderner Arbeitsplätze betrifft. Der Senat hat kürzlich den Bericht zum E-Government-Gesetz für das dritte Quartal 2024 beschlossen, in dem die Aktivitäten des ITDZ Berlin, dem zentralen IT-Dienstleister der Stadt, dokumentiert sind. Ganz besonders auffällig ist, dass im dritten Quartal 2024 drei Ausnahmen bei der Nutzung der IT-Dienstleistungen gemeldet wurden: darunter Ausnahmen für das Integrierte Bildungsmanagementsystem (iBMS) der Berliner Feuerwehr und digitale Tafeln für das Bezirksamt Pankow. Dies zeigt, dass der gemeinsame IT-Dienstleister nicht immer die notwendige Unterstützung bieten kann, was zu Verzögerungen führen kann, wie das Presse- und

Informationsamt des Landes Berlin mitteilte (**Berlin.de**).

Zusätzlich wurde festgestellt, dass die Umsetzung moderner PC-Arbeitsplätze, bekannt als „BerlinPCs“, in der Verwaltung weit hinter den ursprünglichen Zielen zurückbleibt.

Digitalstaatssekretärin Martina Klement gab bekannt, dass bis 2026 nur etwa 7.500 moderne Arbeitsplätze eingerichtet werden können, was die zunächst vorgesehenen 15.000 deutlich unterschreitet. Diese Arbeitsplätze sollten das chaotische IT-Management in den Behörden vereinheitlichen und somit effizientere Arbeitsabläufe ermöglichen. Statt diverser unkoordinierter Systeme zielt das Projekt auf standardisierte und zentral verwaltete Arbeitsplatzlösungen ab, die in der gesamten Verwaltung verwendet werden sollen (**rbb24**).

Die Notwendigkeit von Änderungen im Verwaltungsapparat wird durch diese Entwicklungen noch offensichtlicher. Gerade im Hinblick auf die Digitalisierung der Berliner Verwaltung wird deutlich, dass die Umsetzung der Pläne langsamer verläuft als gewünscht. Dies könnte erhebliche Auswirkungen auf die Effizienz der Öffentlichkeitsarbeit haben und stellt die schwarz-rote Koalition vor neue Herausforderungen, da die Verwaltungsgeschäfte dringend modernisiert werden müssen.

Details	
Quellen	• www.berlin.de • www.rbb24.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de